

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Südwestdeutsche Union. 1946-1951 1949

2 (1.2.1949)

Kreis und Gemeinde

2. Jahrgang - Nr. 2

Karlsruhe, 1. Februar 1949

Kommunalpolitische Blätter der CDU

Landesverband Baden

Hat das Forum einen Wert?

Landrat Anton Schwan, MdL., Tauberbischofsheim

Zu den Mitteln, mit denen die amerikanische Militärregierung die demokratische Haltung der Bevölkerung und der Behörden zu fördern sucht, gehört das Forum oder, wie ich weniger anspruchsvoll sagen möchte, der Ausspracheabend zwischen den Einwohnern einer Gemeinde und den Vertretern des Landratsamtes unter Mitwirkung der Militärregierung. Da nach meiner Erfahrung die Ausspracheabende über den angestrebten Zweck der demokratischen Erziehung hinaus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die erfolgreiche Arbeit des Landrats gewinnen können, sofern sie in geeigneter Weise vorbereitet und abgehalten werden, erscheint es mir angebracht, an dieser Stelle das Thema „Ausspracheabend“ zu behandeln. Ich stütze mich dabei auf die Beobachtungen, die ich bei 23 Ausspracheabenden machen konnte, die ich im Landkreis Tauberbischofsheim in der Zeit vom 9. April bis 17. November 1948 abhielt.

Als nach einem nicht besonders eindrucksvollen Probestart in der Kreisstadt der zuständige Kreisoffizier mir Mitte März nahelegte, im ganzen Kreisgebiet Ausspracheabende abzuhalten, stand ich vor zwei Fragen:

1. In welchen Gemeinden sollen Ausspracheabende stattfinden?
2. Wie sollen die Abende aufgezogen werden, damit von ihnen eine fruchtbare und nachhaltige Wirkung auf die Meinungs- und Willensbildung der Teilnehmer ausgeht?

Zunächst beschränkte ich mich auf die größeren Gemeinden, die schon immer die Brennpunkte des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Kreise waren. Die Einwohner der umliegenden kleineren Gemeinden, namentlich ihre Bürgermeister und Gemeinderäte und die im Einzugsgebiet wohnenden Kreistagsabgeordneten, wurden zu den Veranstaltungen eingeladen. Sie leisteten ihnen im allgemeinen willig Folge.

Die technische Vorbereitung des Ausspracheabends — Saalmiete, Sorge für Beleuchtung und Heizung, Säuberung und Einrichtung des Versammlungslokals, Feuerschutz, Bereitstellung des Landespolizeipostens, öffentliche Bekanntgabe der Veranstaltung usw. — übertrug ich dem Bürgermeister des Versammlungsortes. Fast überall arrangierten die Bürgermeister im Anschluß an den Ausspracheabend eine gesellige Zusammenkunft, die bei einem bescheidenen Imbiß den Vertretern der Militärregierung, der Behörden und der Gemeindeverwaltung die willkommene Gelegenheit bot, im engeren Kreis der Verantwortlichen Angelegenheiten zu behandeln, die im besonderen örtlichen Interesse lagen. Es konnten hierbei mehr als einmal Dinge geregelt werden, die auf „amtlichem“ Wege kaum so glatt und rasch ins Lot gekommen wären.

In der richtigen Annahme, daß die Bevölkerung den „Mut der freien Rede“ zeigen und Fragen vorbringen werde, auf die ich allein unmöglich erschöpfende Auskunft erteilen könne, nahm ich die Abteilungsleiter meines Amtes mit, deren Ressorts dem kritischen Interesse der Öffentlichkeit besonders ausgesetzt waren: Wohnungsamt, Wirtschafts- und Ernährungsamt, Preisbehörde, Straßenverkehrsamt, Flüchtlingsreferat, Wohlfahrtsamt. Außerdem bat ich die Leiter der Behörden, die, wie das Landwirtschaftsamt, das Arbeitsamt, das Forstamt und das Finanzamt, mit dem Publikum in Tuchfühlung leben, um Mitwirkung. Sie wurde nie versagt, zumal die genannten Behörden ebenfalls daran interessiert waren, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Meine komplette Mannschaft umfaßte nie weniger als 12, manchmal über 15 Köpfe. Als Schiedsrichter fungierten die Herren von der Presse, die nie, auch nicht bei den Imbissen, fehlten. Das Wort Mannschaft habe ich nicht ohne Grund gewählt: schon nach wenigen Abenden waren meine Leute aufeinander eingespielt und legten manchmal eine „Kombination“ hin, über die die Gegenpartei nur noch staunen konnte. Der Sportjargon ist auch deshalb am Platze, weil die Ausspracheabende wirklich fair verliefen. Es wurde nichts übel genommen, man sprach frei von der Leber, die Bürokraten erwiesen sich als normale Menschen, das Publikum war keineswegs die wilde Bestie, die nach Beamtenblut lechzt, und mehr als einmal brach der gesunde Humor durch, der gerade in ernsten Zeiten so manche dunkle Stunde aufhellt.

Das wohlausgewählte Aufgebot von Fachleuten gewährleistete die sachlich einwandfreie und erschöpfende Beantwortung aller Fragen, die die Bevölkerung aufwarf. Ich kann mich nicht erinnern, daß auch nur

eine einzige vernünftige Anfrage unerledigt geblieben wäre, und auch unvernünftigen Fragestellern wurde zumeist die passende Antwort zuteil. Bis zur Währungsreform waren es neben dem Flüchtlingsproblem, das oft in erschütternder Weise aufbrach und auch nach dem 20. Juni nichts an Aktualität verloren hat, hauptsächlich Fragen der Verbrauchsgüterbewirtschaftung, die die Gemüter erregten. Wie dankbar waren dann die Bürgermeister, wenn der Leiter des Kreiswirtschaftsamtes nachwies, daß im Monat Mai der Gemeinde X. nur 20 Paar Schuhe zugewiesen worden waren, so daß der Bürgermeister und der örtliche Verteilungsausschuß unmöglich 30 Paar verschoben haben konnten oder bei gutem Willen wenigstens 80 Paar hätten ausgeben können! Es wurde mir von Bürgermeistern, in deren Gemeinden Ausspracheabende abgehalten worden waren, wiederholt versichert, daß nach diesen Veranstaltungen die männlichen und weiblichen Klatschbasen viel weniger Gehör fanden, und die Arbeit auf dem Rathaus sich ungestörter abwickelte, als es vorher der Fall war. Der neue wirtschaftspolitische Kurs nach der Währungsreform förderte andere Fragen zutage. In den letzten Monaten war es namentlich das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Preisen, das immer wieder zur Sprache kam. Summa summarum vermittelten die Ausspracheabende ein sehr genaues Bild der Hoffnungen und Enttäuschungen, der Nöte und Ängste, die die Masse der Bevölkerung bewegen. Sie gaben damit dem Landrat und den Behördenvertretern deutliche Fingerzeige dafür, wo Hilfe am ehesten nottut.

Das Gespräch von Mensch zu Mensch trug wesentlich dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit der Beamten zu festigen. Der Bürger erlebte den Beamten ohne Bürokratismen und Schreibtischmanieren, die so oft den „Diener am Volk“ zu einer halb komischen, halb verhassten Karikatur degradieren. Umgekehrt lernte der Beamte, der Augen zum Sehen und

Gemeinden und Fremdenverkehr

Das Land Baden galt im Vergleich zu anderen deutschen Ländern schon immer als Brennpunkt des eigenen und des internationalen Fremdenverkehrs. Dies ist eine bekannte Tatsache. Und es war dies kein Wunder, hieß es doch nicht umsonst: „Das schönste Land in Deutschlands Gau'n, das ist das Badnerland.“ Es erübrigt sich, an dieser Stelle Näheres über die Vergangenheit zu erzählen. Es gilt vielmehr, an die Gegenwart und noch mehr an die nahe Zukunft zu denken und damit an die besonderen Aufgaben, die auf dem wichtigen Gebiet des Fremdenverkehrs unseren Gemeindeverwaltungen gestellt sind. Und der Zweck dieser Zeilen soll nur sein, die besondere Bedeutung der Fremdenverkehrs-

förderung auch hier mit allem Nachdruck zu unterstreichen.

Der Badische Fremdenverkehrsverband für Nordbaden ist erfreulicherweise wieder ins Leben gerufen und hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Die Gemeindeverwaltungen aller irgendwie in Frage kommenden Orte werden sich rühren müssen. Es wäre falsch, den Anschluß zu verpassen. Versäumtes ist nicht so leicht wieder gutzumachen. Wir möchten darum unsere Freunde, wenn noch nicht geschehen, bitten, sich unverzüglich einzuschalten. Noch ist die Gelegenheit günstig. Und nachdem wir so arm geworden sind, ist es doppelt geboten, diesen Zweig des Wirtschaftslebens besonders zu hegen und zu pflegen.

Ohren zum Hören hatte, das Volk, das ja der Hauptgegenstand seiner Sorge sein soll, im unmittelbaren Austausch der Gedanken und Gefühle kennen. Wo aber einmal gegenseitiges Verständnis und guter Wille die Feindseligkeit und Hinterhältigkeit unserer Zeit überwunden haben, ist die Grundlage für eine neue Staatsgesinnung geschaffen, die die wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß wir die Unzulänglichkeiten und Notstände im öffentlichen Leben überwinden.

Als weiteres erfreuliches Ergebnis der Ausspracheabende konnte ich feststellen, daß sie das dienstliche und persönliche Verhältnis unter meinen Abteilungsleitern und zu den Vertretern der übrigen Behörden förderten. Sie halfen die Schranken niederlegen, die so oft Abteilung gegen Abteilung und Amt gegen Amt trennen, und trugen dazu bei, daß die Arbeit im Amt nicht nur vom Ressortstandpunkt aus, sondern im Blick auf das Ganze geleistet wurde.

Man glaubte schon da und dort, die Nase über die Ausspracheabende rümpfen zu dürfen, weil sie sich meistens im engen Kreise stumpfer materieller Interessen bewegen und selten politischen Höhenflug zeigen. Dieser Einwand ist richtig und falsch zugleich. Richtig, weil er eine Tat-

sache wiedergibt. Falsch, weil er übersieht, daß das Leben des „kleinen Mannes“ vor lauter Kampf ums tägliche Brot einfach keinen Spielraum mehr für den politischen Flügelschlag bietet. Falsch vor allem deshalb, weil er verkennt, daß sich nur dann politische Erziehungsarbeit leisten läßt, wenn es gelingt, die Verflochtenheit des täglichen Lebens mit den Problemen der großen Politik nachzuweisen. Verstehen wir dem Normalbürger nicht klarzumachen, daß die Entscheidungen, die heute in Moskau, Berlin, Paris, London und Washington fallen, morgen schon seine Existenz in Tauberbischofsheim erschüttern können, so dürfen wir nicht erwarten, daß er die politische Passivität überwindet und Aktivist wird. In den Ausspracheabenden hat der Landrat, der sich als Wahlbeamter ja nicht in die stille Kammer der politischen Neutralität zurückziehen darf, sondern — ohne parteipolitische Blickverengung — eine hohe politische Aufgabe zu erfüllen hat, die Möglichkeit, von der simplen Frage des „unbekannten Bürgers“ aus die Fäden so zu spinnen, daß das Gewebe der großen Politik sichtbar wird. Dann bekommen die Ausspracheabende von selbst das politische Niveau, das auch ich ihnen im Interesse einer Erneuerung des öffentlichen Lebens wünsche.

Kirche und Wohnungsnot

Felix Schwab, Mannheim

Vom 9. bis 16. Januar fand eine Bau-sammlung des Kath. Männerwerks der Erzdiözese Freiburg statt. In Stadt und Land von Baden, Hohenzollern, Sigmaringen, soweit die Erzdiözese reicht, fanden sich Männer, um sich in den Dienst der guten Sache zu stellen. Sie gingen von Haus zu Haus. Viele unserer Mitglieder und Freunde der Bewegung haben sich daran beteiligt in der Erkenntnis, daß sie als Vortrupp im öffentlichen Leben sich dieser Sache ebenfalls widmen müssen, wenn Worte Taten werden sollen. So werden soziale Forderungen unserer Zeit in die Tat umgesetzt. Bevor der Staat Mittel findet, um den Wohnungsbau tatkräftig zu fördern, wird von der Kirche aus versucht, wenigstens mit der Opferfreudigkeit der Christen (denn auch viele gutgesinnte Andersgläubige gaben ihr Teil) diesem brennendsten aller Probleme zu Leibe zu gehen. Gewiß, es kann mit dieser Sammlung nicht das Problem gelöst werden, doch wird vielen Ausgebornen, Flüchtlingen und Jungverheirateten durch diese Sammlung geholfen werden können.

Siedlungen werden in den verschiedenen Teilen unseres Landes entstehen. Dabei werden Städte wie Mannheim, Freiburg, Karlsruhe besonders bedacht werden, ohne die Siedlungsgemeinschaften auf dem Lande zu vergessen. Aber mit Siedeln allein ist noch nicht gedient. So haben sich in Karlsruhe und Mannheim „Christliche Wohnungshilfen“ als eingetragene gemeinnützige Vereine gebildet, um durch Ruinenausbau und Instandsetzung von menschenunwürdigen Wohnungen, den Menschen das Leben wieder erträglicher zu gestalten. Diese „Christliche Wohnungshilfe e. V.“ sucht Mitglieder, also sozial denkende Menschen, die durch einen Monatsbeitrag von 1.— DM oder 1.50 DM mithelfen wollen, der Wohnungshilfe laufend die Mittel in die Hand zu geben, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Die Gelder werden ausschließlich für den Wohnungsbau verwandt und fließen immer wieder an die „Christliche Wohnungshilfe“ zurück, die sie als zinslose Darlehen gewährt. Es geschieht in Form der Miete, die dann zum

Teil an den Hausherrn und an den Darlehensgeber zurückgegeben wird. Auf diese Weise wird die Wohnungshilfe in die Lage versetzt, laufend etwas für den Wohnungsbau zu tun. Zum Anlauf ist natürlich ein größeres Kapital erforderlich. Man hofft durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Darlehen zu diesem zu kommen. Es wäre Ehrensache unserer Freunde und Mitglieder, wenn sie sich auch an dieser sozialen Sache beteiligen würden, durch Mitgliedschaft, Spenden oder Darlehen.

Betrachten wir nun die ganze Angelegenheit von der politischen Seite her, so sehen wir, daß aus dem Volke und Körperschaften der Wille zur Beseitigung des größten Notstandes vorhanden ist. Die Initiative kommt nicht vom Staate her, nach dem man immer schreit, wenn es irgendwo brennt, sie kommt von unten, vom Volke. Das ist demokratisch. Nicht der Staat soll alles tun und veranlassen, der Einzelne selbst soll überlegen, wie man diesem oder jenem abhelfen kann. Damit ist der Staat natürlich nicht entbunden, auch das Seinige zu tun. Das Zusammenspiel der Kräfte aber von Volk und Staat in einer festgeformten Notgemeinschaft in schwerer Zeit, wird die Besserung bringen.

An unsere Parlamentarier aber ergeht die Aufforderung, Mittel und Wege zu finden, wie der Wohnungsbau am besten gefördert werden kann. Wenn man überlegt, daß seit der Währungsreform die wenigsten Wohnungen gebaut wurden, gegenüber einem gleichen Zeitraum zuvor, so gibt das zu denken. Wir wissen, daß dies an den zu hohen Baukosten liegt, die das Vierfache von 1938 betragen. Die Baukosten müssen gesenkt werden; denn es wird kein Arbeiter oder Angestellter in der Lage sein, eine Miete von 80-100. DM monatlich zu zahlen für zwei Zimmer und Küche.

Der Anfang aber ist gemacht. Man wird den Christen und der Kirche nicht den Vorwurf machen können, sie würden nur Kirchen aufbauen. Kirchen und Wohnungsbau gehen Hand in Hand. Das ist Christentum der Tat. Nur so können wir beweisen, daß wir wirklich ein soziales Deutschland wollen, in dem jeder anständig leben soll.

Stiefkind Karlsruhe

Kleine Ursachen — große Wirkungen. Stand da auf der Tagesordnung des Karlsruher Stadtrats der Verkauf eines größeren Geländes an die Oberpostdirektion zur Errichtung posteigener Betriebe, und schon entwickelte sich — wie es im parlamentarischen Leben immer wieder geschieht — eine sehr ernste Debatte über die bedrohten wirtschaftlichen Interessen unserer ehemaligen Landeshauptstadt. Jeder Parteiredner trug aus dem Schatz seiner Erfahrungen und seines Wissens sein Scherflein bei, und der interessierte Zuhörer hatte den Eindruck, wie man ihn nicht immer hat, daß bei keinem Stadtrat wahlegoistische Beweggründe, sondern wirklich das Wissen um die Gefährdung der Lebensgrundlagen einer durch zwei Weltkriege in ihrer Grundstruktur erschütterten Stadt die Triebfeder des Handelns waren. Der eine wies auf das Schicksal des verödeten Karlsruher Rheinufers hin, der andere auf den Unsinn der Verwendung von vielen tausend Kubikmetern Zement und Kies für den Bau des Rhein-Neckar-Kanals in einem Zeitpunkt der ernstesten Wohnungsnot, der dritte auf die verkehrspolitische Mißhandlung der Stadt Karlsruhe.

Diese berechtigten Klagen summierten sich, ohne daß es direkt ausgesprochen wurde, zu einer indirekten Anklage gegenüber der Stuttgarter Bürokratie, die offenbar mehr an ihre allernächste Umgebung denkt als an den Ausgleich jener unabwendbaren Schäden, die Baden und Karlsruhe im Laufe der letzten Jahrzehnte und insbesondere als Folgewirkung des letzten Krieges erlitten haben. Da wäre bei einigem guten Willen und grundsätzlicher Einsicht in den Sinn eines föderalen Staates, wo der Teil für das Ganze und das Ganze für den Teil einzustehen hat, ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen. Dabei wäre obendrein noch der Gerechtigkeit gedient.

Karlsruhe ist keineswegs in der Apathie verharret, sondern hat, getragen vom Einzelnen und der Stadtverwaltung, eine doch immerhin bemerkenswerte Initiative entfaltet, wie auch von objektiven Beobachtern durchaus anerkannt wird. Es ist mit seinen Trümmern größtenteils fertig geworden, es hat neue Betriebe angesiedelt, den Rheinufers wieder funktionsfähig gemacht, sein kulturelles Leben wieder aufgebaut, Wohnungen in großer Zahl instandgesetzt; aber es kommt einmal der Augenblick, wo der Staat seinen Sinn durch eine vernünftige vorwärtsführende Unterstützung gerade einer Stadt gegenüber zu beweisen hat, die mehr als andere im Land Unwiederbringliches verlor. Diese Berücksichtigung bis heute nicht in einem durchaus möglichen Umfang erhalten zu haben, war die einmütige Auffassung aller Fraktionsredner ohne jeden Unterschied der Partei und ihrer Einstellung zur Idee des Südweststaates. Daß die kurze, aber inhaltsschwere Diskussion über die Lebensfragen der ehemaligen Landeshauptstadt kein Preisgesang für den Südweststaatsgedanken, sondern das Gegenteil davon war, darf man sich dort versichert halten, wo die Fehler, Versäumnisse und Mißgriffe zu verantworten sind. W. B.

Umfassende Lösung des Flüchtlingsproblems

Aus eigener Kraft unmöglich

Die englische Zeitschrift „The Spectator“ bringt einen interessanten Briefwechsel, der das Verhältnis „eine Million DP's zu elf Millionen Heimatvertriebenen in Deutschland“ zum Gegenstand hat. Dieser Briefwechsel wurde durch einen Artikel Henry Carters, des Vorsitzenden des Ökumenischen Flüchtlingsausschusses im Weltkirchenrat, angeregt, der in sachlicher Weise darlegte, es genüge nicht, daß die IRO sich um das Problem der einen Million DP's Sorge, während man an dem ungeheuren Problem der elf Millionen Heimatvertriebenen in Deutschland vorbeigehe. An dem Briefwechsel beteiligten sich außer Mr. Carter noch zwei Engländer und der Exilpole S. Polanski, der sich im Namen eines Londoner „Polnischen Pressebüros“ äußerte. Im Verlauf dieses Briefwechsels erklärte nun der polnische Sprecher: „Es geht nicht darum, sie (die Flüchtlinge) irgendwo auf der Welt wieder anzusiedeln, wo sie im besten Falle als Bürger zweiter Klasse behandelt würden. Es handelt sich um eine sehr viel bedeutsamere Frage, nämlich darum, ihnen ihre eigenen Heimatländer wiederzugeben, und zwar frei von der russischen Herrschaft, frei von der Tyrannei der von den Kommunisten eingesetzten Strohmänner-Regierungen, wirklich freie und unabhängige Länder, in die sie nur allzu glücklich zurückkehren würden.“

So zutreffend diese Worte sind, sie klingen aus dem Munde eines polnischen Sprechers — auch wenn er sich von dem heutigen polnischen Regime distanziert — beinahe befremdlich, weil selbst diese Kreise mit wenigen Ausnahmen die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den von Polen besetzten Gebieten östlich der Oder und Neiße billigten. Dieses Befremden schien auch Mr. Carter zu teilen, denn er erklärte in seinem die Diskussion abschließenden Artikel: „Herr Polanski... fordert, wie es scheint, daß das zwischen den beiden Weltkriegen in Polens Besitz befindliche Gebiet, aus dem ein großer Teil der polnischen Bevölkerung ausgewiesen wurde, von Sowjetrußland zurückgegeben wird. Er erwähnt nichts von einer Rückgabe der deutschen Ostprovinzen, dem Schauplatz von Millionen Ausweisungen durch die Polen, an Deutschland.“ Man wird wohl die Auffassung Mr. Carters teilen müssen, daß S. Polanski die Rückgabe der Heimatländer nur für die DP's und vor allem natürlich für die Bevölkerung der ehemaligen (an die Sowjetunion abgetretenen) ostpolnischen Gebiete fordert.

Aber trotz dieses kleinen Schönheitsfehlers sind die Auffassungen des polnischen Sprechers im Grunde natürlich vollkommen richtig. Herr Polanski befindet sich da in guter Gesellschaft: US-Außenminister Marshall hat im März 1947 anlässlich der Moskauer Außenministerkonferenz unter Hinweis auf die nun einmal bestehende Nachbarschaft zwischen Deutschland und Polen einem Gebietsausgleich das Wort geredet; Papst Pius XII. hat im verflossenen Frühjahr in seinem Schreiben an die deutschen Bischöfe zu einer Wiedergutmachung des durch die Vertreibungen begangenen Unrechtes gemahnt, und Mr. Carter spricht in einem seiner Briefe klar und eindeutig aus: „Ich bin der Meinung, daß es eine unbarmherzige und falsche Politik war, diese gewaltigen Massen von Männern, Frauen und Kindern aus ihrer Heimat zu vertreiben, und die Last ihrer Verarmung noch dem verwüsteten Deutschland aufzubürden; ich bin der Meinung, daß die hieraus entstandenen Spannungen den Frieden Europas ernstlich bedrohen und daß sich Vernunft

und menschliches Empfinden mit dem christlichen Verantwortungsgefühl vereinigen sollten in den Bemühungen, die so geschaffene Not und Verbitterung einzudämmen.“

Der Hinweis auf eine umfassende Lösung des gesamten Flüchtlingsproblems ist sicher das interessanteste Moment dieses Briefwechsels im Rahmen des englischen Blattes. Daneben aber wird von den verschiedenen Sprechern immer wieder die Notwendigkeit internationaler Maßnahmen zur Bewältigung des deutschen Flüchtlingsproblems unterstrichen. In ganz prägnanter Weise tut dies Mr. Norman Bentwich mit der Erklärung: „Es ist mit Recht gesagt worden, daß die Art, mit der Europa das Problem seiner Flüchtlinge angreift, ein Prüfstein für unsere Kultur sein wird.“

Diese Feststellungen von unbefangener ausländischer Seite sind eine bedeutsame Unterstreichung jener Argumente, mit denen in den letzten Monaten Oberdirektor Dr. Pänder, der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, und andere namhafte deutsche Sprecher immer wieder auf den internationalen Charakter des deutschen Flüchtlingsproblems hingewiesen haben. Sie unterstreichen nicht zuletzt aber auch die Auffassung der CDU/CSU die seit langem mit steigender Intensität darauf hinweist, daß das heutige deutsche Flüchtlingsproblem eine Folge der Potsdamer Beschlüsse der Großmächte ist, so daß vom deutschen Volk — abgesehen von der tatsächlichen Unmöglichkeit — auch moralisch die Bewältigung des Gesamtproblems aus eigener Kraft nicht verlangt werden kann.

Bausparkassen und Wohnraumbeschaffung

7 Millionen Wohnungen fehlen

Dr. Walter Flemmig, Düsseldorf

Die Wohnungsnot ist mit das schwierigste Problem unserer Gegenwart, schätzt man doch den Fehlbedarf auf etwa 7 Millionen Wohnungen, zu dessen Beseitigung mindestens 40 Milliarden Mark erforderlich sind. Das ist ein enormes Kapitel, das einstweilen nicht vorhanden ist. Die alten Kreditgeber des Wohnungsbaus sind durch die Währungsreform in großem Umfange aktionsunfähig geworden, und auch die Finanzkraft der privaten Bauherren kann keine nennenswerte Hilfe versprechen, die überdies durch die unentbehrliche Wohnungsbewirtschaftung und das auf lange Zeit hinaus noch bestehende Mißverhältnis zwischen Bauwert und Baukosten stark gelähmt wird.

In diesem Zusammenhang liegt die Frage nahe, ob die Bausparkassen, deren Anfänge in die erste Nachkriegszeit zurückreichen und die ihre Leistungskraft schon in verhältnismäßig kurzer Zeit unter Beweis stellen konnten, auch heute wieder helfen können.

Heute wie damals ist das Vertrauen zum Sparen stärkstens erschüttert. In einer fast 25jährigen Arbeit konnten die Bausparkassen den kleinen Sparern das Vertrauen in ihre eigene Kraft wecken und stärken, konnten, unbeirrt von Kapitalknappheit, den Spargedanken beleben und in vielen kleinen Eigenheimen zur Wirklichkeit werden lassen. Im Jahre 1934 hatten die deutschen Bausparkassen, die ihre Grundideen aus den angelsächsischen Ländern übernahmen, wo das Bausparwesen seiner Zahl und Bedeutung nach einen unvergleichlichen Aufschwung genommen und weitgehenden Einfluß auf das Kreditwesen überhaupt erreicht hat, etwa 60 000 Familien durch Zuteilung von mehr als 600 Millionen RM zu einem Eigenheim verholfen.

Gerade in der großen Wirtschaftskrise zu Anfang der dreißiger Jahre bewies das deutsche Bausparwesen eine bemerkenswerte Festigkeit. Im Jahre 1934 betrug der Beitrag der privaten Bausparkassen zur Wohnungsbaufinanzierung über 110 Millionen RM. Im gleichen Jahre stellten die öffentlichen Sparkassen 130 Millionen, die private und öffentliche Lebensversicherung und die Sozialversicherung 35 Millionen

RM bereit. In den folgenden Jahren hielten sich die Kreditsummen der Bausparkassen ungefähr auf dieser Höhe, bis sie vor Beginn des Krieges infolge der Einstellung der privaten Bautätigkeit absinken mußten. Im Jahre 1939 hatten die Bausparkassen Sparguthaben im Betrage von etwa 750 Millionen RM angesammelt, eine Summe von Spargeldern, die zweifellos verdient hätten, bei dem Währungsschnitt anders behandelt zu werden, als Gewinne der Nachkriegszeit. Es wurde viel Vertrauen der Sparer in der Währungsumstellung enttäuscht, und es wird nicht einfach sein, die Sparer überhaupt wieder zum Sparen zu ermuntern. Immerhin zeigen die Ergebnisse der Bausparkassen auch nach dem Goldschnitt, daß nach wie vor große Neigung für das Bausparen besteht. Das Ergebnis einer Befragung des Marktforschungsinstitutes „Emnid“ hat ergeben, daß sich von den befragten Personen jeder sechste für das Bausparen erklärte.

Feststehen dürfte, daß die öffentliche Hand finanzielle Aufgaben hat, die noch vordringlicher als der Wohnungsbau sind und daß nach ihrer Bewältigung für die Wohnbaufinanzierung nichts Nennenswertes mehr übrig bleibt. Eine Erhöhung des Steueraufkommens kann kaum in Betracht kommen. Was aber durch den Zwang des Finanzamtes nicht hereinzuholen ist, kann durch eine Aktivierung der freiwilligen Sparkraft erreicht werden. Mit einer Sparwerbung allein ist es heute nicht getan, vielmehr muß dem Sparer ein lohnendes, aber erreichbares Ziel vor Augen geführt werden. Keine andere Art des Sparens verbindet in so idealer Weise den Anreiz zum Sparen mit einem gewissen moralischen und beschränkten vertraglichen Zwang wie das Bausparen. Die Durchschnittsguthaben bei den Bausparkassen betragen ein Vielfaches der durchschnittlichen Guthaben bei den öffentlichen Sparkassen, wo das Sparen nicht vertraglich gebunden ist. Die sichere Aussicht auf die Erfüllung der dringendsten Wohnungswünsche und die Erlangung der verdienten Anwartschaft darauf lassen auch heute viele zu Bausparern werden, die sonst die Befriedigung anderer Wünsche vorantstellen haben würden.

GEMEINDEPOLITISCHES

aus Nah und Fern

„Rigoreuse Sparpolitik in Mannheim“ Diese verlangte der dortige O.-B. Dr. Cahn-Garnier laut Heft 11/1948 der „Kommunalen Rundschau“ zur Verhütung einer Katastrophe angesichts der äußerst angespannten Finanzlage, und zwar sowohl auf persönlichem wie auf fachlichem Gebiet. Die Einnahmen der Städte seien nicht durch Steuererhöhungen zu verbessern. Einerseits müsse der Finanzausgleich zwischen Land und Städten umgestaltet werden. Andererseits sei die Sparpolitik aufs äußerste anzuspannen. Völlig ungewiß sei die Entwicklung für 1949. Der Finanzausgleich müsse grundsätzlich die Verantwortung der Städte für ihre Finanzen wiederherstellen.

Wir teilen diese Ansicht! Sicher ist die Finanzlage in den größeren Städten allgemein schlechter als im Durchschnitt der Mittelstädte und der Landgemeinden. Es ist aber nicht so, als ob es auf dem Lande in den Gemeindekassen besonders rosig aussehen würde. Jedoch läßt der Verkauf von Brenn- und Nutzholz manche Gemeindekasse in einem etwas freundlicheren Licht erscheinen, während die stark zerstörten Groß- und Mittelstädte nach wie vor einen schweren Kampf um ihre Existenz führen müssen. Es wird dabei gut sein, daß sich niemand allzusehr auf den lieben Vater Staat verläßt. Wir sind in diesem Zusammenhang der Überzeugung, daß jene Stadtväter sich auf die Dauer am besten vor ihren Wählern sehen lassen können, die streng sachlich handeln und dabei möglichst sparsam und äußerst vorsichtig wirtschaften.

Die Stadt Pforzheim hatte es schon vor der Währungsreform nicht leicht. Seitdem ist der Existenzkampf noch weit schwerer geworden. Das Gewerbesteueraufkommen z. B. ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, obwohl die meisten Geschäfte ganz gut laufen. Wie wir hören, sah sich nun die Stadtverwaltung veranlaßt, den Eingang aller Steuern und Abgaben in Zukunft unbedingt zu sichern. Sie will künftig gegen säumige Steuerzahler die Strafbestimmungen mit aller Schärfe anwenden. Wir finden es verständlich, wenn da nun einmal energisch ernst gemacht wird, wo der dringende Verdacht besteht, daß man die Stadt, obwohl man könnte, wenn man wollte, einfach hängen läßt. Wer mit der Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen allzusehr bummelt, der darf sich nicht darüber wundern und gar noch beklagen, wenn er zur Raison gebracht wird.

Auf eine Stimme kam es an, und zwar bei der Oberbürgermeisterwahl in Köln wie in Kiel. Der „theoretische“ Fall wurde also Wirklichkeit. Und daß dann die Entscheidung durch das Los keine röstlose Befriedigung zurückließ, das ist mehr als begreiflich. Sofern die Wahl durch das gesamte Wählervolk direkt und nicht indirekt durch die Stadtverordneten vorgenommen worden wäre, dann hätte die Sache bestimmt besser geklappt, wenn auch nicht alle Parteien ganz zufrieden gewesen wären. Also spricht auch diese Erfahrung für die unmittelbare Wahl aller Bürgermeister. Und wenn man schon indirekt wählt, ist es dann nicht besser, z. B. 45 Abgeordnete, anstatt nur 44 zu wählen? Eine ungerade Zahl wäre bestimmt vorteil-

hafter. Man hätte dann das Zünglein an der Waage. Die Mehrheit wäre klarer und damit ließe sich auch leichter regieren. Aber man sah wieder einmal, wie wichtig jede Stimme zu bewerten ist.

Die Niederlegung aller Mandate drohte der Kreistag Hameln für den Fall einer neuen Belegung des Kreises mit Flüchtlingen an. Die in Aussicht gestellte Aktion machte aber auf die Dienstaufsichtsbehörde keinen besonderen Eindruck. Der Kreistag, d. h. seine Mitglieder, erhielt vielmehr anstatt einer Anerkennung prompt von höchster Stelle einen Verweis, und zwar mit der Begründung: Einmal übernommene Ämter dürfen auch in den bedrängtesten Situationen nicht verlassen werden.

Wir haben diese Nachricht hier wiedergegeben. Und wir wissen weshalb! Wir haben gehört, daß auch bei uns gelegentlich ähnliche Gelüste auftauchen. Das geht

natürlich nicht, daß man droht und den Bettel hinwirft. Wer ein Ehrenamt übernommen hat, muß es auch ausfüllen, und wenn dies schwer fällt, dann erst recht!

Die CDU-Fraktion der Kölner Stadtvertretung beantragte, die Erteilung von Baugenehmigungen zu Geschäftsbauten künftig davon abhängig zu machen, daß der Antragsteller nachweislich die Geldmittel zu Zwecken des Wohnraumbaus hinterlegt und zur Erfüllung seiner Pflichten herangezogen wird.

Zum stellvertretenden Oberbürgermeister von Hannover wurde der Kreisvorsitzende der CDU, Salomon Schneider, gewählt. Durch Mehrheitsbeschluß wurde festgelegt, die KPD, die mit zwei Mandanten im Rat vertreten ist, künftig an den Ausschusssitzungen nicht mehr zu beteiligen.

Während der Verhandlungen zur Oberbürgermeisterwahl in Freiburg i. Br. versuchte die FDP ein Übereinkommen mit der SPD zu erzielen. Dabei erklärte der Generalsekretär der FDP Süd-Baden: „Es muß endlich einmal gelingen, in der Bischofsstadt Freiburg einen Nicht-CDU-Oberbürgermeister zu erreichen.“ Kommentar überflüssig!

„Kommunalpolitische Blätter“

Diese Bezeichnung wurde gewählt für das Organ der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands; es erscheint monatlich zweimal im Kommunalverlag G. m. b. H. in Recklinghausen. Die Schriftleitung hat Artur Frese. Monatlicher Bezugspreis 2 DM.

Welches ist die Aufgabe der Kommunalpolitischen Blätter? Die Schriftleitung schreibt darüber u. a.: „Unser Auftrag ist, zu den Fragen der kommunalen Selbstverwaltung vom christlich-demokratischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Nach unserer Überzeugung ist wahre Demokratie nur aus dem Geiste des Christentums möglich und sinnvoll. Die gemeindliche Selbstverwaltung muß als tragendes Fundament des demokratischen Staates mit christlichem Geist erfüllt werden.“ Lesen aber muß man diese Zeitschrift regelmäßig. Unsere kommunalpolitische Beilage ist ein bißchen älter. Wir begrüßen unsere jüngere Schwester, die weit größer werden soll, von ganzem Herzen, zumal wir wissen, daß mit uns viele andere CDU-Anhänger ihr Erscheinen mit Ungeduld erwartet haben, und wir wünschen unserem Schwesterorgan einen vollen Erfolg. Auf Grund unserer Erfahrung von früher her können wir uns nicht denken, daß die Arbeit irgend eines CDU-Kommunalpolitikers auf die Dauer ganz befriedigend und erfolgreich werden kann, wenn ihm nicht eine ausgezeichnete Zeitschrift bei der Erfüllung seiner verantwortungsvollen Aufgabe behilflich ist.

„ABC für Gemeinderatsmitglieder in Stadt und Land“

So betitelt sich eine kleine Schrift, verfaßt von Regierungsamtmann Emil Müller beim Landesdirektor des Innern in Karlsruhe. Auf 36 Seiten erhält jeder Leser in knapper, aber ausreichender Form präzise Auskunft über wohl alle Punkte, die ihm in seinem Ehrenamt im Gemeinderat unbedingt bekannt sein müssen. In alphabetischer Reihenfolge sind rund 200 Fragen berührt. Es handelt sich also um ein Nachschlagewerkchen. Als Beispiele wollen wir nur einige Stichworte hier

wiedergeben: Abstimmung — Akteneinsicht — Amtsniederlegung — Amtsverschwiegenheit — Amtsverlust, ferner Beschlußfähigkeit des Gemeinderats — Beschlußfassung — Besoldung der Bürgermeister — Entschädigung der Gemeinderäte — Frohnden — Gabholz — Mißtrauensvotum. Dieser Hinweis allein schon läßt erkennen, daß hier eine recht dankenswerte Arbeit von einem wirklichen Sachkenner geleistet wurde. Wie wir hören, soll die Schrift bereits in die Hände der Gemeinderäte gelangt sein. Sonstige Interessenten, und solche dürfte es sicher geben, können sie vom Verfasser (Adresse: Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1) beziehen. Wir nehmen gerne an, daß auch unsere politischen Freunde davon gerne Gebrauch machen, wenn sie sich zuverlässige Auskunft über kommunale Fragen holen können. A. K.



Anfrage des L. U. in D.: Kann ein Bürgermeister sein Amt niederlegen? Wie vollzieht sich der Amtsverzicht des Bürgermeisters?

Antwort: In der RGO. selbst ist über die Amtsniederlegung des Bürgermeisters nichts gesagt, während der § 30 der früheren Badischen GO. darüber Näheres bestimmte. Es fehlt also heute an einer ausdrücklichen Bestimmung im Gemeinderatsrecht. Nun ist ein Bürgermeister aber Inhaber eines Ehrenamts. Deshalb finden gewisse beamtenrechtliche Vorschriften auf ihn Anwendung. Nach Artikel 53 Abs. 1 des Beamtengesetzes für Württemberg-Baden vom 19. 11. 1946 wird jeder Beamte aus seinem Dienstverhältnis entlassen, der seine Entlassung schriftlich beantragt hat, also auch der Bürgermeister! Die Entlassung selbst erfolgt in diesem Falle durch den Gemeinderat, dem die Gemeindeverwaltung obliegt. Nach der Entlassung besteht grundsätzlich kein Anspruch mehr auf Dienstbezüge und Versorgung. Aufgabe der Dienstaufsichtsbehörde für die Gemeinde ist es, darauf zu achten, daß sobald wie möglich ein Termin für die Neuwahl angesetzt wird.

Hergestellt und veröffentlicht mit Sondergenehmigung der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung Treubänder Friedrich Schiemer, Karlsruhe. Schriftleitung: Redakteur Ludwig A. net Karlsruhe, Kriegsstr. 210. Telefon 5500 und 5581. Generalvertrieb: Heidelberg, Bismarckstraße 13.

Einzelpreis 25 Pfennig. Auflage 15.000 Stück. 1. 2. 1949